

Intro

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die politischen Entwicklungen dieser Tage werfen Fragen auf, die über das einzelne Wahlergebnis hinausreichen. Sie betreffen das Vertrauen in unsere Partei und die Verantwortung politischer Führung. Dazu möchte ich in dieser Ausgabe einige persönliche Gedanken mit Ihnen teilen und deutlich machen, welche Konsequenzen ich für notwendig halte.

Die jüngsten Wahlniederlagen haben die CDU in eine tiefe Krise geführt und die Zweifel am Kurs des Bundeskanzlers verstärkt. Die acht CDU-Ministerpräsidenten haben sich in einer gemeinsamen Erklärung gegen Personaldebatten gewandt und ihre Bereitschaft zur weiteren Zusammenarbeit mit Friedrich Merz bekräftigt. Diese Haltung teile ich: Unser Land braucht politische Stabilität und eine Regierung, die ihre Aufgaben entschlossen angeht.

Zugleich müssen wir die Ursachen des Vertrauensverlustes offen ansprechen. Dass der Kanzler in Teilen der eigenen Partei zuletzt als Belastung im Wahlkampf empfunden wurde, zeigt den Ernst der Lage. Mit der Rückendeckung für den Kanzler verbindet sich für mich deshalb eine klare Erwartung: Die Bundesregierung muss verlässlich zusammenarbeiten, ihren Kurs verständlich erklären und ihre Zusagen umsetzen. Daran wird sich entscheiden, ob wir verloren gegangenes Vertrauen zurückgewinnen.

Mit dem Wahlergebnis in Mecklenburg-Vorpommern und der Verantwortung der politischen Führung befasse ich mich in dieser Ausgabe.

Auch die parlamentarische Arbeit verlangt Entscheidungen von großer Tragweite. Im Bundestag steht in dieser Woche die Organspende auf der Tagesordnung. Dabei geht es um die Hilfe für schwerkranke Menschen ebenso wie um die Freiwilligkeit der Spende und das Selbstbestimmungsrecht jedes Einzelnen. Über die vorliegenden Vorschläge und meine Haltung dazu informiere ich Sie ebenfalls in diesem Newsletter.

Aus dem Wahlkreis berichte ich von mehreren Terminen und persönlichen Begegnungen. Diese Gespräche sind mir wichtig: Sie zeigen, welche Fragen die Menschen vor Ort beschäftigen, und geben mir konkrete Anregungen für meine Arbeit in Berlin.

Besonders freue ich mich über zwei Förderentscheidungen des Haushaltsausschusses: Für die Sanierung des Waldfreibades in Prüm sind 279.912 Euro und für das Naturfreibad Gemündener Maar in Daun 620.132 Euro beschlossen worden. Zusammen sind das rund 900.000 Euro Bundesförderung für den Erhalt zweier wichtiger Einrichtungen unserer Region. Damit unterstützen wir unsere Kommunen dabei, Schwimmen, Schwimmunterricht und gemeinsame Freizeit auch künftig wohnortnah zu ermöglichen.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Herzliche Grüße

Ihr Patrick Schnieder

Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern

Ein historischer Absturz verlangt eine schonungslose Aufarbeitung

Das Ergebnis der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern ist für die CDU eine historische Niederlage. Nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis erreicht unsere Partei lediglich 4,9 Prozent. Erstmals scheitert sie bei einer Landtagswahl an der Fünfprozenthürde und wird im neuen Parlament nicht vertreten sein. Gegenüber 2021 hat die CDU 8,4 Prozentpunkte verloren. Das Ausmaß dieses Absturzes lässt sich durch nichts beschönigen.

Für eine Partei mit unserem Anspruch muss dieses Ergebnis eine grundlegende Selbstprüfung auslösen. Die CDU will Menschen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen zusammenführen und politische Verantwortung übernehmen. In Mecklenburg-Vorpommern haben wir dafür so wenig Zustimmung erhalten, dass wir künftig nicht einmal mehr mit einer eigenen Fraktion an den parlamentarischen Entscheidungen mitwirken können. Damit verlieren wir auch eine wichtige Möglichkeit, die Anliegen unserer Wähler im Landtag zu vertreten.

Mich wundert deshalb, wie leise die Diskussion innerhalb unserer Partei bislang ausfällt. Gemessen an der historischen Tragweite dieses Ergebnisses vermisste ich eine ausreichend offene und grundlegende Auseinandersetzung mit den Ursachen. Eine Niederlage dieses Ausmaßes zu bedauern, reicht nicht. Wir müssen uns fragen, weshalb uns so viele Menschen ihre Stimme nicht mehr geben und warum unser politisches Angebot offenbar so wenig überzeugt.

Dabei müssen wir auch die Verantwortung der Bundespolitik prüfen. Natürlich hat jede Landtagswahl ihre eigenen Bedingungen. Auch die Arbeit vor Ort gehört auf den Prüfstand. Es wäre aber zu bequem, dieses Ergebnis vor allem den schwierigen Umständen im Land zuzuschreiben. Als CDU führen wir die Bundesregierung. Was wir in Berlin entscheiden, wie verlässlich wir handeln und welchen Eindruck die Koalition vermittelt, hat Folgen für unsere gesamte Partei.

Die Mitglieder und Wahlkämpfer vor Ort haben Anspruch auf eine ehrliche Aufarbeitung. Dazu gehören unbequeme Fragen auch an die Bundesführung. Welche Erwartungen haben wir enttäuscht? Wo fehlt uns ein erkennbares Profil? Warum trauen uns Menschen die Lösung ihrer Probleme nicht mehr zu? Und welche Konsequenzen ziehen wir daraus?

Die CDU darf sich an solche Ergebnisse nicht gewöhnen. Wer den Anspruch erhebt, Volkspartei zu sein, muss um gesellschaftliches Vertrauen kämpfen und eigene Fehler offen benennen. Nach Mecklenburg-Vorpommern erwarte ich, dass wir dieser Verantwortung gerecht werden.

Die Verantwortung des Bundeskanzlers

Führung muss sich an Ergebnissen messen lassen

Die jüngsten Wahlergebnisse sind ein deutliches Warnsignal für die CDU. Sie verlangen eine ehrliche Auseinandersetzung mit dem eigenen politischen Handeln. Wer Vertrauen in diesem Umfang verliert, muss bereit sein, die Ursachen auch bei sich selbst zu suchen. Das gilt für uns als Partei insgesamt. Für den Bundeskanzler gilt es aufgrund seiner Verantwortung als Regierungschef und Parteivorsitzender in besonderem Maße.

Der Hinweis auf schwierige Rahmenbedingungen reicht als Erklärung nicht aus. Die Menschen wissen, dass unser Land vor großen Herausforderungen steht. Sie erwarten von einer Bundesregierung, dass sie diese bewältigt. Wir sind mit dem Anspruch angetreten, die wirtschaftliche Entwicklung zu stärken, staatliche Handlungsfähigkeit wiederherzustellen und politische Verlässlichkeit zu schaffen. An diesem Anspruch müssen wir uns messen lassen. Wo wir dahinter zurückbleiben, müssen wir das offen benennen und unser Handeln korrigieren.

Deshalb darf sich die Aufarbeitung auch nicht auf die Frage beschränken, wie wir unsere Politik besser erklären. Wir müssen ebenso prüfen, ob die Prioritäten richtig gesetzt sind, Entscheidungen rechtzeitig getroffen werden und die beschlossenen Maßnahmen tatsächlich wirken. Der Bundeskanzler muss diese Auseinandersetzung führen und dabei auch die eigene Regierungsführung einbeziehen. Eine ehrliche Bestandsaufnahme verliert ihre Glaubwürdigkeit, wenn die Verantwortung an der Spitze ausgespart bleibt.

Im Interview mit dem Luxemburgischen Radiosender Radio 100,7 habe ich darauf hingewiesen, dass wir viele Menschen mit ihren Alltagssorgen nicht ausreichend erreichen. Zugleich fehlt mir ein verständliches Bild davon, wohin diese Regierung unser Land führen will. Wer sich um seinen Arbeitsplatz sorgt, unter steigenden Kosten leidet oder an einer überforderten Verwaltung verzweifelt, braucht nachvollziehbare Antworten. Die Menschen müssen erkennen können, was unsere Politik für ihre eigene Zukunft verbessert.

Hier ist der Bundeskanzler gefordert. Er muss klare Prioritäten setzen, verbindliche Entscheidungen herbeiführen und für deren Umsetzung sorgen. Wenn Vereinbarungen innerhalb der Koalition immer wieder infrage gestellt werden, leidet die Glaubwürdigkeit der gesamten Regierung. Konflikte zu klären und einen gemeinsamen Kurs durchzusetzen, ist seine Führungsaufgabe. Die Bürger müssen erkennen können, was sich durch unsere Politik verbessert und weshalb ihnen notwendige Reformen auch Belastungen abverlangen.

Auch als Parteivorsitzender trägt der Bundeskanzler Verantwortung. Die CDU braucht eine offene Auseinandersetzung mit ihrer Lage. Wer vor Ort um Vertrauen wirbt, muss mit seinen Erfahrungen und seiner Kritik Gehör finden. Loyalität darf nicht daran gemessen werden, ob Probleme unausgesprochen bleiben. Eine Partei, die Vertrauen zurückgewinnen will, muss sich selbst kritisch hinterfragen können – ausdrücklich auch ihre Führung.

Für den Erfolg dieser Koalition tragen wir gemeinsam Verantwortung. Daraus erwächst für den Bundeskanzler die Verpflichtung, notwendige Korrekturen vorzunehmen und die Regierung auf einen verlässlichen Kurs zu führen. Entscheidend ist, dass Zusagen eingehalten

werden und die Menschen konkrete Verbesserungen erfahren. Daran muss sich die Bundesregierung messen lassen – und mit ihr der Bundeskanzler.

Organspende im Bundestag

Mehr Spenden ermöglichen – Selbstbestimmung bewahren

Am Donnerstag hat sich der Deutsche Bundestag erneut mit der Frage befasst, wie wir in Deutschland mehr Organspenden ermöglichen können. Im Mittelpunkt steht dabei insbesondere die Einführung einer Widerspruchsregelung. Danach würde grundsätzlich als Organspender gelten, wer zu Lebzeiten nicht ausdrücklich widersprochen hat. Daneben liegt ein fraktionsübergreifender Antrag vor, der an der Freiwilligkeit festhalten und stattdessen Aufklärung und die Dokumentation der eigenen Entscheidung verbessern will.

Das Ziel, durch Organspenden Leben zu retten und mehr Organspenden in Deutschland zu ermöglichen, verbindet uns über Parteigrenzen hinweg. Gleichzeitig muss für mich die Selbstbestimmung des Einzelnen im Mittelpunkt stehen. Eine Organspende ist ein freiwilliger Akt und ein großes Zeichen der Nächstenliebe. Sie muss deshalb auf einer bewussten und selbstbestimmten Entscheidung beruhen. Ein fehlender Widerspruch darf aus meiner Sicht nicht automatisch als Zustimmung zu einer Organentnahme gewertet werden.

Mich leitet dabei ein christliches Menschenbild, das die Verantwortung für den Nächsten und die Freiheit des Einzelnen miteinander verbindet. Menschen sollen sich ihrer Verantwortung gegenüber ihren Mitmenschen bewusst sein – zugleich müssen sie frei über ihren eigenen Körper entscheiden können.

Die hohe Bereitschaft zur Organspende in unserer Gesellschaft zeigt, dass es nicht an grundsätzlicher Offenheit mangelt. Rund 85 Prozent der Menschen stehen der Organspende positiv gegenüber. Gleichzeitig haben noch immer deutlich zu wenige ihre persönliche Entscheidung dokumentiert.

Genau hier sollten wir ansetzen. Wir müssen verständlicher über Organspende informieren, bestehende Aufklärungsangebote weiterentwickeln und es so einfach und barrierefrei wie möglich machen, die eigene Entscheidung festzuhalten. Dazu gehört auch, technische Hürden beim Organspenderegister abzubauen und zusätzliche Möglichkeiten zur Eintragung, beispielsweise in den Ausweisstellen, zu schaffen.

Zugleich sollten wir die Menschen stärker dazu anregen, sich bewusst mit der Frage der Organspende auseinanderzusetzen. Ein Vorschlag sieht deshalb vor, Bürgerinnen und Bürger zeitnah nach ihrem 18. Geburtstag dazu aufzufordern. Wichtig ist mir dabei: Es darf kein Zwang entstehen, sich für oder gegen eine Organspende entscheiden zu müssen. Neben Zustimmung und Ablehnung muss deshalb auch die Möglichkeit bestehen, unentschieden zu bleiben. Wer keine Entscheidung treffen oder dokumentieren möchte, darf daraus keine Nachteile erfahren.

Bevor wir einen grundlegenden Systemwechsel zur Widerspruchsregelung vornehmen, sollten wir aus meiner Sicht zunächst dafür sorgen, dass die bereits beschlossenen Instrumente tatsächlich funktionieren. Mehr Organspenden zu ermöglichen und zugleich die Selbstbestimmung zu schützen, ist kein Widerspruch. Unser Ziel sollte sein, die Menschen gut zu informieren, sie zu einer bewussten Auseinandersetzung mit dem Thema anzuregen und ihnen die Dokumentation ihrer Entscheidung so einfach wie möglich zu machen...

Schwimmbadförderung

Bund unterstützt Freibäder in Prüm und Daun

Gute Nachrichten für zwei Schwimmbäder in unserer Region: Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat in dieser Woche Fördermittel für die Sanierung des Waldfreibades in Prüm und des Naturfreibades Gemündener Maar in Daun beschlossen. Aus dem Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten – Schwimmbäder“ erhält die Verbandsgemeinde Prüm 279.912 Euro. Für das Naturfreibad am Gemündener Maar fließen 620.132 Euro nach Daun.

Die Förderung hilft dabei, beide Bäder für die Zukunft zu erhalten. Gerade im ländlichen Raum sind Schwimmbäder weit mehr als reine Freizeiteinrichtungen. Hier lernen Kinder schwimmen, Schulen und Vereine finden Trainingsmöglichkeiten und zugleich sind die Bäder wichtige Treffpunkte für die Menschen vor Ort. In einer Tourismusregion wie der Eifel kommt noch ihre Bedeutung für unsere Gäste hinzu.

Dass beide Projekte berücksichtigt wurden, ist angesichts der großen Nachfrage keine Selbstverständlichkeit. Für die aktuelle Förderrunde stehen bundesweit 250 Millionen Euro zur Verfügung. Rund 939 Projekte mit einem Fördervolumen von insgesamt etwa 3,2 Milliarden Euro wurden angemeldet. Das Programm war damit nahezu 13-fach überzeichnet.

Der Bund hat bereits in der Vergangenheit erheblich in unsere Schwimmbäder investiert. Das Hallenbad in Irrel wurde mit 3,69 Millionen Euro unterstützt, das Freibad in Kyllburg mit 1,7 Millionen Euro. Zusammen mit den aktuellen Förderungen für Prüm und Daun sind damit inzwischen rund 6,29 Millionen Euro Bundesmittel für Schwimmbäder in unseren Wahlkreis geflossen.

Darüber freue ich mich sehr. Gerade für unsere kleineren Städte und Gemeinden ist es eine große Herausforderung, solche Einrichtungen dauerhaft zu erhalten und notwendige Sanierungen aus eigener Kraft zu finanzieren. Deshalb ist es richtig, dass der Bund hier unterstützt. Unser gemeinsames Ziel muss sein, dass Schwimmen, Schwimmunterricht und Vereinssport auch künftig wohnortnah möglich bleiben.

Unterwegs im Wahlkreis

Zuhören, erklären, Anliegen mitnehmen

Die vergangenen Tage im Wahlkreis waren von vielen persönlichen Gesprächen geprägt. Genau dieser direkte Austausch ist mir wichtig. Politik darf sich nicht auf Berlin beschränken. Gerade vor Ort erfährt man, welche Themen die Menschen beschäftigen, wo Entscheidungen Fragen aufwerfen und an welchen Stellen ganz konkret Handlungsbedarf besteht.

Beim politischen Abend auf Einladung des CDU-Stadtverbandes Bitburg in Bitburg-Stahl standen deshalb vor allem die Fragen der Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt. Wir haben offen und zum Teil auch kontrovers über die aktuelle politische Lage und konkrete Anliegen gesprochen. Mir ist wichtig, Entscheidungen zu erklären, meine Haltung deutlich zu machen und ebenso zuzuhören. Vieles, was ich aus solchen Gesprächen mitnehme, fließt unmittelbar in meine Arbeit in Berlin ein.

Auch meine Bürgersprechstunde in Bitburg bot Gelegenheit für sehr unterschiedliche Gespräche. Karin Jung aus Hermesdorf besuchte mich gemeinsam mit ihrem amerikanischen Gastsohn Sei Hellen Dinh. Er verbringt im Rahmen des Parlamentarischen Patenschafts-Programms ein Schuljahr in Deutschland und besucht die St. Matthias Schule in Bitburg. Karin Jung engagiert sich seit vielen Jahren als Gastmutter und ehrenamtliche Betreuerin. Solches persönliches Engagement macht den deutsch-amerikanischen Jugendaustausch überhaupt erst möglich.

Mit Stefan Fiedler und Andreas Lenz vom Bauern- und Winzerverband Rheinland-Nassau habe ich über die Situation unserer landwirtschaftlichen Betriebe gesprochen. Im Mittelpunkt standen die steigenden Kosten, die künftige Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik und der notwendige Abbau von Bürokratie. Gerade unsere Betriebe im ländlichen Raum brauchen verlässliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit. Entscheidend ist, dass politische Entlastungen am Ende auch tatsächlich auf den Höfen ankommen.

Diese unterschiedlichen Begegnungen zeigen für mich immer wieder, wie wichtig die Arbeit im Wahlkreis ist. Ob im offenen Bürgergespräch, beim Austausch über ehrenamtliches Engagement oder mit unseren Verbänden und Betrieben: Gute Politik beginnt damit, zuzuhören und die Erfahrungen vor Ort mit nach Berlin zu nehmen.

Impressum gem. § 5 TMG :
Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Patrick Schnieder MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 71884
E-Mail: patrick.schnieder@bundestag.de